



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 34831 - 33
Fernschreiber 0486690

2/XII/287 - 16. Dezember 1957

Die Konferenz der NATO / Eigenbericht (I)

Auf der Suche nach politischer Freiheit des Westens

G.M. - Paris

Diese NATO-Konferenz ist unrichtiger geleitet von mehreren Befehlshabern, die natürlich nicht öffentlich ausgesprochen werden, die aber trotzdem die Themen und das Klima der Gespräche bestimmen.

Ganz offenkundig ist das Beüben, so einzig wie möglich vor die Welt zu treten. Der Erklärung der 12 kommunistischen Parteien, deren Führer im November in Moskau zusammengekommen waren, soll das Bild der Geschlossenheit des Westens gegenübergestellt werden.

Ein zweites "Sofehl" ist das vorläufige Schweigen der Grossen über rein militärische Massnahmen, die gemeinsam von den NATO-Mitgliedern getroffen werden könnten, um Moskau ein militärisches Gegengewicht gegenüberstellen zu können. Es ist in Konferenzkreisen über kein Geheimnis, dass gerade diese Frage - bei aller Betonung der Stärke des Westens, wie sie auch von Präsident Eisenhower herbeigestellt wurde - deshalb nicht erörtert werden soll, weil man unliebsame Reaktionen der westeuropäischen Völker befürchtet. Das Wort "die Völker Europas würden nicht stillhalten, wenn man kurz vor Weihnachten, der Fest des Friedens, keine anderen Perspektiven zur Lösung der Weltprobleme aufzeigen würde, als die Fortsetzung des atomaren Wettlaufens", geistert durch die Gespräche der über 1.500 Journalisten, die hier zusammengekommen sind.

Zweifellos haben aber auch die sozialdemokratisch geführten Staaten Norwegen und Dänemark ihr Gewicht bei den Vorbesprechungen in die Waagschale geworfen, um den Weg der politischen Lösungen im Ost-West-Konflikt offenzuhalten.

Dessen ungeachtet wird von den 150%-igen NATO-Giribüßigen mit einem

Augenwinkern auf die im März stattfindende Konferenz der NATO-Militärs hingewiesen. Sie sollen den beruhten Punkt auf das "I" setzen, der aus vielen Gründen bei der jetzigen Konferenz noch nicht sichtbar werden kann oder darf. Trotzdem zirkuliert das Gerücht, dass man mit einer Grundsatzvereinbarung über das Problem der Abschusscasen für Mittelstreckenraketen in Frankreich, Italien und der Bundesrepublik rechnet. Vielleicht wird Eisenhower Frankreich eine gewisse Unterstützung für die Bereinigung des Algerienproblems ausgeben, und was die Bundesrepublik anbetrifft, so ist das Hauptaugenmerk auf die "strategische Notwendigkeit" gerichtet, die über - wie erwähnt - von den Militärs im März nächsten Jahres präzisiert werden soll.

Nach der Eröffnungsspeech von Eisenhower - der Präsident wirkt frisch und elastisch - ergibt sich nun folgendes Bild zu den mutmaßlichen Ablauf der weiteren Verhandlungen. Im Mittelpunkt werden zunächst voraussichtlich die Gespräche über den Begriff "Konsultation" stehen. Es wird eine Art Koordinationszentrum angestrebt, dessen Aufgabe es sein soll, politische oder militärische Sonderaktionen der NATO-Partner auf ein Mindestmass zu beschränken. Dann will man die Koordination der Entwicklung und Produktion der sogenannten klavischen Verteidigungsmittel erörtern. Um diese Gespräche wird über der Schlober des Geheimnisses vertriebt. Auch hier verweist man auf die Märzkonferenz der Militärs.

Stark besetzt wurde der Hinweis Eisenhowers auf die internationale Agentur zur friedlichen Verwendung der Atomenergie in Wien. Hier sieht man Ansatzpunkte für eine indirekte Aufforderung an die Sowjets, ebenfalls aktiv an der Entwicklung der friedlichen Atomenergie mitzuwirken.

Zunächst beglückwünscht man sich zu den Eröffnungsansprachen, in denen viel von Frieden und Freiheit die Rede war. Die Pariser haben schon einen Witz darauf gemacht. Sie sprechen respektlos von der Konferenz der Weihnachtensänger, die den Frieden bringen sollen. Wie sollte es auch anders sein, sagt man hier, acht Tage vor Weihnachten, dem Friedensfest, kann man schlecht von Atomraketen reden.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24891 - 33
Fernschreiber 0886890

5/XII/287 - 16. Dezember 1957

Einweise
auf den Inhalt:

Das Jahrhundert des Flüchtlings
Parteiengründung in Frankreich
Kommerzielles Fernsehen?
Polens Alptruck

S. 1
S. 4
S. 6
S. 8

Das Jahrhundert des Flüchtlings

Von Wenzel Jaksch, MdB

In der Bundesrepublik wohnen bereits über 200 Menschen auf dem Quadratkilometer. Indonesien ist der Schauplatz des neuesten Flüchtlingsdramas geworden. Das benachbarte Holland wird davon betroffen. Das Zusammentreffen dieser Nachrichten sollte uns nachdenklich stimmen. Der englische Publizist, Professor Allan B. Fisher, warnte auf dem Höhepunkt des zweiten Weltkrieges die Staatsmänner des Westens davor, die Methode der Volksverdrängungen in ihre Friedensplanung aufzunehmen. Die Zerstörung des Heimatrechts in Europa werde der Rechtlosigkeit in der Welt den Weg weisen. Was den europäischen Minderheiten widerfahre, werde sich an den Minderheiten in Asien und Afrika ereignen. Diese Voraussage geht in Erfüllung. Die Engländer mussten Ägypten verlassen, die Franzosen Syrien, Tunis, Marokko. Die Spanier kämpften um ihre letzten marokkanischen Besitzungen. Und der Streit um das letzte Stück des holländischen Kolonialreiches ergibt es, dass wieder einige zehntausend holländischer Familien in Indonesien ihre Bündel schnüren müssen.

Dies ist die Zweigesichtigkeit unserer Epoche: Die Industrialisierung neuer Kontinente und die fortschreitende Weltarbeitsteilung erfordern einen Austausch von Erfahrungen, Leistungen und Kenntnissen. Daraus würde sich die Forderung nach höherer Freizügigkeit ergeben. Der junge Nationalismus befreiter Völker scheint aber alle Fehler der europäischen Nationalisten wiederholen zu wollen. Das Ideal der "nationalen

Homogenität" - der Rassenreinheit ebenso gemischtnationaler Staaten - das in Europa soviel Urtheil angebracht war, spuckt nunmehr in anderen Erdteilen herauf. Die Liquidierung kolonialer Ausbeutungsmethoden ist unvermeidlich. Man wird aber das, was in Indonesien geschieht, nicht mehr mit der Parole des Antikolonialismus begründen können. Die Fünfzigtausend Holländer, über die mit einem Federstrich das Schicksal der Heimatlosigkeit verhängt wurde, lebten von ehrlicher Arbeit. Sie setzten der eingeborenen Bevölkerung gegenüber ein gutes Gewissen, sonst wären sie nicht geblieben. Sie meinten, den Leuten, in dem sie aufgewachsen waren, nützlich Dienste zu leisten. Deswegen wollten sie nicht glauben, dass mit dem Fall der holländischen Herrschaft ihr Heimatrecht verwirkt sein könnte.

Darin zeichnet sich eine Parallele zu dem Schicksal der Deutschen in den europäischen Oststaaten ab. Sie waren in diese Länder als Städtebauer, Industriegründer, Ärzte, Handwerker, Landwirte und Facharbeiter gekommen. Den Gang der grossen Geschichte beeinflussten sie kaum. Sie konnten auch nicht verhindern, dass das Land ihrer Abstammung mit ihrem neuen Heimatland in blutigen Streit geriet. Als der grosse Zusammenbruch kam, blieben sie dort, wo sie sich neue Heimat durch die ehrliche Arbeit von Generationen erworben zu haben glaubten. Viele sagten sich: "Ich habe niemandem etwas getan, mir wird keiner etwas tun". Die Schläge der Vergeltung treffen aber die Gerechten wie die Ungerechten. Es ist das Schicksal der Friedfertigen, dass sie an der Friedlosigkeit mitleiden müssen.

Sechzig Millionen Menschen haben im Zusammenhang mit den zwei Weltkriegen ihre Heimat verloren. Das losgebundene Unrecht ist wie der rollende Stein, der sich nur Lawine gesellt, wenn ihn nicht die Dämme eines neuen Rechtsbewusstseins den Weg sperren. Der selbstzufriedene Normalbürger der Bundesrepublik möge daher nicht immer gleich seine Stirn runzeln, wenn in seiner Ecke das unbequeme Wort "Flüchtlinge" fällt. Der Hinweis auf die anhaltende Wohnungsnot in Westdeutschland ist gewisse naheliegend. Man soll aber den Flüchtlingen aus der Zone um den Spätsiedlern aus Schlesien und Pommern nicht zu verstehen geben, sie hätten doch lieber zuhause bleiben sollen. Von sicheren Port lässt sich gemächlich raten! Wer heute noch Heimatrecht besitzt, der geniesst es durch die Gnade des Schicksals. Und der "Flüchtling" ist längst kei-

ke Ausnahme mehr: Er droht zur Reglerscheinung unseres Zeitalters zu werden. Der "Flüchtling" ist ein Symbol unserer eigenen Gefährdung.

Für das kommende Jahr stehen auch in der Bundesrepublik grosse Aufgaben der wirtschaftlichen und auch der seelischen Eingliederung an. Die im Wahljahr vielfach vergessene soziale Problematik des geteilten Deutschland wird sich wieder zu Wort melden. Die Wartelisten auf den Wohnungsfürtern wissen davon anzudeuten, dass es in Westdeutschland noch schwere soziale Not gibt und viele unerfüllte Aufstiegswünsche gibt. Dazu kommt das Bestreben immer neuer Heimatloser nach neuer Verwurzelung. Bisher wurde vielfach von einem Leidenden auf Kosten des anderen geholfen. Das ist kein Ausweg. Wo die Hilfsbereitschaft der Gemeinschaft durch das Gesamtgeschick des Volkes doppelt im Anspruch genommen wird, kann nur die Verdoppelung ihrer sozialen Leistungskraft helfen. So sehr die Anrufung der privaten Wohltätigkeit da und dort Lücken ausfüllen kann, bleibt doch in erster Linie die Verpflichtung der heutigen Bundestagsmehrheit bestehen, den sozialen Verheissungen an ihrer Wahlparole die soziale Tat folgen zu lassen.

Grösser als die materielle Not des "Flüchtlings" ist die Not des menschlichen Rechtsbewusstseins in unserer Zeit. Der wahrhaft grossherzige Mensch wird stets das Unrecht, das anderen zugefügt wurde, so empfinden, als ob es ihn selbst betroffen hätte. Im Atomzeitalter ist jedoch die Versuchung gross, sich auf die Ohnmacht des Individuums auszuruhen und mit bequemen Filmspantoffeln am Fernsehapparat zu sitzen, um der Menschheit Lust und Qual im Bildschirm vorbeiziehen zu lassen. Wo aber das lebendige Rechtsbewusstsein erstirbt, dort beruht auch die Geborgenheit auf Selbsttäuschung. Das Heimatrecht der Friedfertigen ist überall in Gefahr. Darum geht uns die Not in der Zone an und alles, was an Leid und Hoffnung hinter der eisernen Vorhang lebt. Die jüngsten Austreibungen in Indonesien gehen genau uns an, wie der tragische Konflikt zwischen dem Heimatrecht französischer Farmer in Algerien und dem Selbstbestimmungsrecht der Algerier. Auch die Methoden des sowjetischen Kolonialismus in Osteuropa und in anderen Teilen der Welt gehen uns an. Das Rechtsbewusstsein des deutschen Volkes muss seinen Teil dazu beitragen, dass aus dem "Jahrhundert des Flüchtlings" wieder ein Zeitalter des Rechts und der Menschlichkeit wird.

Neue Linke bildet sozialistische Union

In Nr. P/XII/280 kündigten wir die Gründung einer neuen sozialistischen Partei in Frankreich an. Im nachstehenden Bericht unseres Pariser Korrespondenten wird die Bedeutung gezeigt, die der Neugründung beizumessen ist.

E., Paris, Mitte Dezember

Die vor Monaten von den Organisationen der "Neuen Linken", "JUNGE REPUBLIK", "SOZIALISTISCHE AKTION" und "BEWEGUNG FÜR DIE FREIHEIT DER VÖLKER" eingeleiteten Verhandlungen zur politischen Neugruppierung und Einigung der Kräfte, die aus Opposition gegen die von den grossen Linksparteien verfolgten Aktionen politisch heimatlos geworden sind, führten vor wenigen Tagen in Paris zur Gründung einer neuen sozialistischen Partei, der UNION DE LA GAUCHE SOCIALISTE (Vereinigung der sozialistischen Linken), die sich ihren Platz im politischen Leben Frankreichs erkämpfen und als koordinierender und ausgleichender Faktor unter den Kräften der gesamten Linken wirken will. Vorerst will sie Stellung zwischen den Kommunisten und Sozialisten beziehen. Enttäuschte Elemente aus den Reihen der Sozialisten, Kommunisten und Christlich-Sozialen, Marxisten und Humanisten haben sich in der neugebildeten Union zusammengefunden, in der Hoffnung, im neuen Rahmen Einfluss auf die politische Entwicklung des Landes zu nehmen.

Die grossen Spannungen, die in allen politischen Parteien Frankreichs bestehen und die Verwirrung, die das politische Leben Frankreichs seit Jahren kennzeichnet, begünstigte sicherlich die Neugründung, doch ist es zweifelhaft, ob sich die Erwartungen der Parteigründer je erfüllen werden.

Der Aufruf, der vom Gründungskongress an die französische Öffentlichkeit gerichtet wurde, zeigt sehr deutlich die Schwierigkeiten, mit denen die junge Partei von Anfang an zu kämpfen hat. Die inneren Gegensätze zwischen den christlichen und sozialistischen Elementen liessen sich nicht verdecken. Zudem bleibt ein Teil der Organisation "JUNGE REPUBLIK" (Christlich soziale Tendenz) ausserhalb der neuen Partei,

16. Dezember 1957

weil er die von Marc Sangnier, ihrem geistigen Vorkämpfer vertretenen Auffassungen in der neuen Organisation nicht gesichert sieht.

Die neue Partei wendet sich gegen Blockbildungen im internationalen Rahmen. Dieser Einstellung entspricht die Forderung auf massive Herabsetzung der militärischen Ausgaben. Sie tritt für die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts an die Überseevölker, für die Schaffung einer auf Gleichberechtigung beruhenden französisch-afrikanischen Gemeinschaft ein und wünscht auch die Regelung des Algerien-Problems in diesem Sinn.

Innerpolitisch will sie für Steigerung der Löhne und der Sozialleistungen, für Gewährung grosser Kredite zugunsten des Wohnbaues und zur Förderung und Ausgestaltung des Erziehungs- und Unterrichtswesens eintreten, die republikanischen Freiheiten und die Laiengesetzgebung verteidigen. Das alles klingt klar und überzeugend, solange man davon absieht, Vergleiche zwischen Wünschen und Wirklichkeiten anzustellen. Wer die politischen Verhältnisse in Frankreich kennt, wird sich wenig Illusionen über die Aktionsmöglichkeiten der neuen Partei machen und kaum annehmen, dass ihr eine grosse Zukunft beschieden sein wird. In der neuen Partei besteht unzweifelhaft der Wille zur Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei. Es müssten gewaltige Ereignisse eintreten, wenn es der Vereinigung der sozialistischen Linken gelingen sollte, Bindeglied zwischen den anti-demokratischen und totalitären Kommunisten und den demokratischen Kräften der Sozialisten, Christlich-Sozialen und gewissen Elementen der Radikalsozialisten zu werden und dadurch zur Verwirklichung einer republikanischen Einheitsfront beizutragen, von der die Führer der neuen Partei träumen.

+ + +

Mit offenen Karten !

sp- Nachdem in den letzten Tagen Länderregierungen, Kirchen, Gewerkschaften und Politiker in seltener Einmütigkeit ihre Bedenken gegen den Plan vorgebracht haben, das private Fernsehen in der Bundesrepublik einzuführen, melden sich jetzt auch die Kräfte zu Wort, die hinter diesen Bestrebungen stehen.

Das Industrie-Institut der Unternehmerverbände setzt sich für die Schaffung des sogenannten "Freien Fernsehens" ein. Mit dem Hinweis, dass die Rundfunkanstalten nicht in der Lage seien, innerhalb der nächsten zwei Jahre ein zweites Fernsehprogramm einzuführen, tritt es für das kommerzielle Fernsehen ein, da nur von dort eine solche Programmweiterung zu erwarten sei.

Verständnis - aber keine Sympathie

Man kann alles Verständnis, wenn auch wenig Sympathie haben, für das Interesse des Industrie-Instituts an kommerziellen Fernsehen. Niemand soll aber glauben, es dicke notwendigen Diskussionen über die Vor- und Nachteile dieses Planes, wenn mit Begründungen argumentiert wird, die an der Sache vorbei gehen. Das Industrie-Institut dürfte über die Pläne der Interessenten aus dem Kreise des Bundesverbandes der deutschen Industrie und des Markenartikelverbandes soweit unterrichtet sein, dass es abschätzen kann, wann das "Freie Fernsehen" - sollte es tatsächlich lizenziert werden - seinen Programm dienlich sein kann. Die Planer des kommerziellen Fernsehens rechnen mit einer Vorbereitungszeit von mindestens zwei Jahren bis die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für den regelmäßigen Programmdienst geschaffen sind. Bis dahin werden aber auch die Rundfunkanstalten ein zweites Programm ausstrahlen. Die von Fernsehpublikum sicherlich gewünschte Auswahl zwischen zwei Programmen ist also von kommerziellen Fernsehen keineswegs eher zu erwarten als von den Rundfunkanstalten. Vielmehr dürfte - selbst, wenn das "Freie Fernsehen" trotz aller Bedenken schon in Kürze zugelassen werden sollte - das zweite Programm der Anstalten früher zur Verfügung stehen als das kommerzielle Programm.

Nicht nur aus reiner Menschenfreundlichkeit

Ernsthaft wird aber auch niemand annehmen, dass man in Unternehmerkreisen aus reiner Menschenfreundlichkeit, nur um dem Fernsehzuschauer die Freude eines zweiten Programmes zu machen, ein Projekt starten will, bevor noch die erste Sendung auf den Bildschirmen erscheint. Wir bezweifeln sogar, dass die Erwartung, das "Freie Fernsehen" könne in

Deutschland im Laufe der Jahre ein finanzielles Geschäft werden, bei den Plänen der Markenartikler und denen des Bundesverbandes der deutschen Industrie ausschlaggebend war. Man wird sich nicht bei beiden Verbänden vor der Ausarbeitung des neuen Fernsehprojektes die Erfahrungen des kommerziellen Fernsehens in England sorgfältig geprüft haben.

Das englische private Fernsehen begann vor zwei Jahren mit einer kräftigen Starthilfe aus öffentlichen Mitteln. Bei Aufnahme des neuen Programmdienstes zählte man in England mehr als 4 Millionen Fernsehteilnehmer; heute sind es über 7 Millionen. Trotz dieses grossen Publikums, das die Wirtschaftswerbung im Fernsehen für die Unternehmer in England unvergleichlich interessanter macht, als es angesichts der einen Million deutscher Teilnehmer für unsere Wirtschaft sein könnte, war das private Fernsehen in England bisher kein Geschäft. Erst seit Kurzem arbeiten wenigstens zwei der englischen Programmgesellschaften ohne Verlust. Es wird noch Jahre dauern, bis die Zuschüsse der Anfangszeit abgedeckt sind. Bis die Bundespost bei uns einmal den siebenmillionsten Fernsehteilnehmer registrieren kann, werden - an der bisherigen Zuwachsrates gemessen - noch mindestens zehn Jahre vergehen. Es ist also wenig glaubhaft, dass es wirtschaftliche Überlegungen sind, die für deutsche Unternehmerkreise ein Projekt interessant machen, das noch auf viele Jahre hinaus gewaltige Zuschüsse erfordern wird.

Gefahren für das öffentliche Leben

Der klärenden Diskussion über Vorteile und Gefahren eines kommerziellen Fernsehens in Deutschland kann es nur dienen, wenn offen ausgesprochen wird, dass die meinungsbildenden Möglichkeiten, die dieses Instrument seinen Besitzern in die Hand gibt, erst diesen Plan für seine Erhaber interessant machen. Aus gutem Grund war man sich in Deutschland - von dem unheilvollen Zwischenspiel des Dritten Reiches abgesehen, - stets darin einig, dass Rundfunk und Fernsehen nicht Gruppeninteressen sondern der Allgemeinheit zu dienen haben. Wir sehen nicht, wie dieses Prinzip, das bei unseren Rundfunkanstalten zwar auch nicht immer voll erreicht aber doch angestrebt wird, bei einem privaten Fernsehen auch nur im bescheidensten Umfang gewahrt werden kann. Wir fürchten vielmehr, dass es gerade die angestrebte Überparteilichkeit im Fernsehprogramm unserer Rundfunkanstalten ist, die die Einführung des privaten Fernsehens erst für Gruppen interessant macht, die mit der Propagierung ihrer Sonderinteressen bisher im Fernsehen nicht zum Zuge kamen. Die Gefahren, die sich hier zeigen und die zu einer tiefgreifenden Vergiftung unseres öffentlichen Lebens führen können, sollten bei der Diskussion über das sogenannte "Freie Fernsehen" ebenso beachtet werden, wie die kulturellen Bedenken, auf die beide Kirchen bereits mit Recht hinwiesen. -8-

Der Wunsch nach direktem Gespräch

sp- Vor dem ausserpolitischen Ausschuss des Sejm hat der polnische Aussenminister Rapacki seinen früher schon in der UNO gemachten Vorschlag über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa erneut aufgegriffen und ihn mit dem Wunsch nach einem direkten Gespräch mit der Bundesregierung verbunden. Er prägte dabei den Begriff der "konstruktiven Koexistenz" als ausserpolitischen Grundsatz der polnischen Politik. Rapacki versteht darunter die Entwicklung guter Beziehungen zum Westen, mit dem Polen "wirtschaftliche Interessen, historische Traditionen und kulturelle Kontakte" verbänden. Zum Westen gehört auch die Bundesrepublik. Rapacki bedauerte, dass zwischen der Bundesrepublik und Polen noch keine normalen Beziehungen bestehen, was allerdings nicht an Warschau liege.

Die Idee der Schaffung eines atomwaffenfreien Raumes in Mitteleuropa ist inzwischen in die Welt Diskussion eingegangen und Bestandteil der Überlegungen anerkannter Politiker des Westens geworden. Die deutschen Oppositionsparteien haben sie als einen ersten und notwendigen Schritt zur Entspannung begrüsst, Männer wie der amerikanische Russlandexperte George Kennan und der Aussenminister einer zukünftigen Labcurregierung, Aneurin Bevan, sehen in ihrer Verwirklichung eine bedeutende Möglichkeit, das bisherige politisch so unfruchtbare Schema zu sprengen und der Politik neue Impulse zu verleihen. Nur die Bundesregierung zeigt sich ablehnend und verschlossen. Sie hat den Vorschlag Rapackis etwas von oben herab abgelehnt, dabei bewusst übersehend, dass ein von Furcht befreites Polen auch von deutscher Seite als Verhandlungspartner gewonnen werden muss, wenn wir in der Regelung unserer Lebensfrage, der Wiedervereinigung voranzukommen wollen.

Die Furcht vor einer mit atomaren Waffen ausgerüsteten und über Raketenabschussbasen verfügenden Bundesrepublik bestimmt immer mehr das politische Denken Polens und die Haltung seiner Regierung. Kein ernstzunehmender polnischer Politiker nimmt freilich an, die Bundesrepublik werde von sich aus ein kriegerisches Abenteuer auslösen, natürlich gibt es auch solche Stimmen, aber sie sind kaum von Gewicht. Stärker ist schon die Befürchtung, im Falle einer mit atomaren Waffen ausgerüsteten Bundesrepublik selbst in ein atomares Wettrüsten hineingezogen zu werden. Wie die Dinge liegen, würde dies die Verewigung des Aufenthaltes russischer Truppen auf polnischen Boden bedeuten, ein Aspekt, der jedem polnischen Patrioten nur Schauder einjagen kann. Die Bemühungen, auf der Strasse zur grösseren inneren und äusseren Freiheit voranzuschreiten, müssten dann scheitern an der Realität eines verstärkten russischen Griffes über Polen. Sollte diese dann unausweichbare Entwicklung nicht auch westlichen Regierungen und Politikern zu denken geben?

Die polnische Oktoberrevolution hat gezeigt, welche gewaltigen freiheitlichen Kräfte noch in dieser Volke leben. Die führenden Männer der Sowjetunion mussten diesen Tatbestand Rechnung tragen. Sie sind heute sogar soweit, ihre Truppen aus Polen und anderen Ostblockländern abziehen, sofern sie die Gewähr haben, dass mit einem solchen Rückzug nicht eine erhöhte Existenzgefährdung für die Sowjetunion verbunden ist. Kein erkennbarer Grund spricht dagegen, dieses russische Angebot, das auch für Polen eine Hoffnung ist, auf seine Ernsthaftigkeit zu überprüfen. Die Schaffung eines atomwaffenfreien Raumes würde mit einem Schlage das politische Klima in Europa ändern - zum Guten ändern. Wo bleibt hier die Initiative der Bundesrepublik? In der Bejahung dieser Idee und ihrer Verwirklichung könnte sich eine am Frieden orientierende aktive deutsche Ostpolitik bewähren.

+ + +

Verantwortlich: I.V. Albert Exler